

AUSGABE VOM 30. JANUAR 2015

NRW-Städtebaupolitik: Bund fördert Investitionen in Barrierefreiheit

Die von der Union geführte Bundesregierung reagiert auf die Herausforderungen des demografischen Wandels und setzt bei der Städtebauförderung neue Akzente. Barrierefreiheit ist ein wesentliches Merkmal für modernen Städtebau. Barrierearme oder barrierefreie Plätze, Gebäude oder Straßen sind für Bürger hilfreich, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Familien mit kleinen Kindern, Ältere oder Menschen mit Gehhilfen oder Rollstühlen sind froh, wenn sie sich ohne Hürden zügig und unabhängig fortbewegen können.

Insgesamt will der Bund 650 Mio. Euro investieren, um Länder und Kommunen beim Städtebau zu unterstützen. Die neuen Förderprogramme werden auch die Barrierefreiheit in NRW weiter vorantreiben und dazu beitragen, die Teilhabe von Menschen mit eingeschränkter Mobilität nachhaltig zu verbessern. Der Bund hat die Weichen für eine bürgerfreundliche Architektur gestellt. Jetzt müssen die Kommunen die Chance ergreifen und investieren.

Personalausweisgesetz: „Terror-Tourismus“ verhindern

Die entsetzlichen Ereignisse in Paris haben uns auf bedrückende Weise gezeigt, dass wir unsere Freiheit mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entschlossen gegen den internationalen Terrorismus, gegen Fanatismus und Radikalisierung verteidigen müssen. Bislang sind etwa 3.400 Personen aus Europa in das vom IS kontrollierte Gebiet in Syrien und im Irak ausgehört, um am Krieg teilzunehmen. Allein aus Deutschland waren es rund 600. 150 bis 180 sind inzwischen nach Deutschland zurückgekehrt, mindestens 30 davon als kampferprobte Fundamentalisten mit großem Gefährdungspotenzial. Sie müssen mit großem Aufwand überwacht werden.

Um diese Reisen in Zukunft zu unterbinden, zumindest zu erschweren, wird das Personalausweisgesetz geändert. Bisher darf zwar der Reisepass nicht aber der Personalausweis eingezogen werden. Zukünftig wird es möglich sein, durch Entzug des Ausweises die legale Ausreise potentieller Gefährder zu verhindern. Sie erhalten stattdessen ein Ersatzdokument mit dem ausdrücklichen Vermerk, dass es nicht zum Verlassen Deutschlands berechtigt. Spätestens beim Verlassen des Schengen-Raums würde das auffallen und die Personen nach Deutschland zurück geschickt. Ein kleiner, aber wichtiger Schritt zur Verbesserung unserer Sicherheit.

Bürokratieabbau: Union für Korrekturen beim Mindestlohn

Die CDU/CSU verlangt vom Koalitionspartner SPD Veränderungen am Gesetz zum Mindestlohn. Die viele Arbeitnehmer betreffenden Dokumentationspflichten belasteten manche Unternehmen durch



Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag (Foto: CDU/CSU-Fraktion)

„überbordende Bürokratie“, sagte Unionsfraktionschef Volker Kauder in Berlin. Es gibt auch Unsicherheit, welche Tätigkeiten in welcher Zeit absolviert werden können. Deshalb müsse die Bürokratie zurückgefahren werden. Kauder betonte, dass das Mindestlohngesetz nicht aufgehoben werden solle, es gehe vielmehr um Korrekturen. Er kündigte an, die Union wolle mit dem zum Jahreswechsel in Kraft getretenen Gesetz zunächst Erfahrungen sammeln und auswerten um dann mit der SPD über Änderungen zu beraten.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die neue griechische Regierung attackiert die EU und besonders Deutschland heftig. Zugleich droht sie damit, die Sanktionen des Westens gegen Russland zu unterlaufen und provoziert ihren türkischen Nachbarn. Ist das jetzt Programm oder handelt es sich „nur“ um Verbalradikalismus zur Befriedigung der Wähler?



Griechenland bleibt nur wenig Zeit, der EU ein anderes Reformprogramm anzubieten, um weiterhin Kredite zu bekommen. Ende Februar muss Klarheit herrschen, sonst wird die EZB den Kauf griechischer Staatsanleihen einstellen, und dann droht der Staatsbankrott.

Die Ursache der griechischen Probleme ist weder die Troika, noch die EU, noch gar ein „Spardiktat“ aus Berlin, sondern das jahrzehntelange Versagen seiner politischen Führung! Die griechische Regierung kann den Spardruck beklagen, aber alternativ muss sie dann die Staatseinnahmen erhöhen. Mit dem Eintreiben der Steuern scheint es aber immer noch nicht gut bestellt zu sein, und die Privatisierungen will sie sofort beenden. Das passt alles nicht zusammen. Aber die neue Regierung ist genauso an die Verträge mit EU und IWF gebunden wie ihre Vorgängerregierung.

Griechenland muss sich entscheiden. Will es die Hilfe der EU, muss es sich auch vertragstreu und solidarisch zeigen und kann nicht gleichzeitig antieuropäische Töne anschlagen wie bei der Sanktionspolitik gegenüber Russland.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Einbrüche und Autoklau boomen— ein Fachgespräch

Im Dezember 2014 wurden allein in Köln über 500 Wohnungseinbrüche angezeigt. Die Polizei verzeichnete in der Stadt einen Anstieg um mehr als 40 % - und zunehmende Gewaltbereitschaft bei den Tätern. Nicht nur der materielle Schaden wiegt schwer, sondern auch die psychische Belastung für die Betroffenen. Angesichts dieser Entwicklung lotete die Bundestagsfraktion der CDU/CSU-Fraktion in einem mit Expertengespräch aus, wie man dem Problem wirksam begegnen kann.

Einbrüche und Autodiebstähle sind laut Bundeskriminalamt (BKA) Massendelikte. Seit 2009 steigen vor allem in Großstädten sowie entlang der Fernstraßen die Zahlen. Bei den Autodiebstählen sei das Niveau gleichbleibend, doch die Schadenssumme steige. Es würden immer hochwertigere Fahrzeuge verwendet. Die zunehmende Anzahl von Wohnungseinbrüchen und Autodiebstählen führt das BKA vor allem auf „reisende Täter“ zurück. International agierende Banden aus Ost- und Südosteuropa kooperieren bei ihren Delikten mit einheimischen Kriminellen. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter nennt als Täter außerdem „klassische Einbrecher“ aus dem Wohnumfeld. So etwa Jugendliche, die sich Geld für Smartphones und Markenkleidung zusammenstehlen oder Spiel- oder Drogenabhängige, die sich Geld für ihre Sucht beschaffen wollten.



Intensiver Meinungsaustausch zwischen Fachleuten und den zuständigen und anderen interessierten Fraktionsmitgliedern (Foto: CDU/CSU-Fraktion)

Die Aufklärungsquote liegt bei lediglich 15 %. Die Hälfte der Täter wird verurteilt, nur ein Prozent bekomme eine Haftstrafe. Daher, so die Experten, müsse die Kripo verstärkt werden, um Täterstrukturen ermitteln, Netzwerke aufdecken und Schmuggelwege nachvollziehen zu können. Die Sachverständigen sprachen sich auch für die Wiedereinführung der Datenspeicherung auf Vorrat aus.

Im Interesse Kölns unterstütze ich die Forderung nach stärkerer Polizeipräsenz. Der Bund hat für dieses Jahr 400 neue Stellen bei der Bundespolizei geschaffen. Dies ist auch ein Signal an das Land NRW, ebenfalls aufzustoßen.

Vom Rhein an die Spree: Kölner zu Gast im Bundestag

In dieser Woche besuchte eine Gruppe politisch interessierter Bürgerinnen und Bürger auf meine Einladung die Hauptstadt. Auf dem Programm der Reise standen u.a. eine Stadtrundfahrt, der spannende Besuch des Bundesnachrichtendienstes sowie



Natürlich „erstieg“ die Besuchergruppe auch die Reichstagskuppel. Hier ist das schöne Gruppenfoto entstanden. (Foto: BPA)

Gespräche beim Auswärtigen Amt und beim Technischen Hilfswerk. Zudem besuchten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Berlinfahrt eine Plenarsitzung des Bundestags. Anschließend diskutierten wir über aktuelle politische Fragen.

„Parlamentsgruppe Bahnlärm“ in Berlin gegründet

Lärm belastet zunehmend die Bürger. Neben wirtschaftlichen Schäden sind vor allem die gesundheitlichen Belastungen ein großes Thema. Für mich gehört der Schutz vor Lärm zu den Kernelementen einer nachhaltigen Verkehrspolitik. Auch deshalb arbeite ich in der im Bundestag neu geschaffenen, parteiübergreifenden Parlamentsgruppe „Bahnlärm“ mit. Die Regierungsparteien haben im Koalitionsvertrag bekräftigt, den Schienenlärm bis 2020 zu halbieren. Um dieses Ziel zu erreichen soll Lärm durch die Umrüstung der Güterwagen auf lärmarme Bremstechniken gemindert werden. Dies wird vom Bund bis 2020 mit 152 Mio. Euro gefördert.

Mit dem parteiübergreifendem Vorgehen wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, um etwas für die Menschen entlang der Bahngleise zu erreichen. Dieses Anliegen ist auch für unsere rheinische Region von großer Bedeutung.

Impressum:

Ausgabe Nr. 02/2015
30. Januar 2015

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611
Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/Dr.
Jürgen Reuter